

Hanna Völkle

Politische Ökonomie der Zeit

Zur Relevanz von Zeitpolitik im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation

AUF EINEN BLICK

Der Beitrag analysiert die politisch-ökonomische Relevanz der Zeit und erklärt, inwiefern Zeitpolitik ein Querschnittsthema ist. Wie Menschen ihre Zeit verbringen, hängt von institutionellen Rahmenbedingungen ab. Diese zu gestalten ist eine politische Herausforderung – gerade im Zuge sozial-ökologischer Transformationsprozesse. Zukunftsfähige Zeitpolitik umfasst wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte und ist politisch ressortübergreifend zu verankern. Der Beitrag liefert praktische Beispiele und Ideen dafür.

ANALYSE

Objektiv betrachtet hat jeder Tag 24 Stunden. Mit Fokus auf unterschiedliche Lebensrealitäten wird allerdings deutlich, dass Zeit auf individueller Ebene durchaus ungleich verteilt sein kann. Entlang von beispielsweise sozio-demografischen (z. B. Alter), ökonomischen (z. B. Haushaltseinkommen) oder geschlechtsbezogenen Ungleichverhältnissen wird deutlich, dass zeitliche Bedarfe und individuelles Zeitempfinden variieren können.

ZEITPOLITIK IST MEHR ALS FAMILIEN- ODER FRAUENPOLITIK

Alle zehn Jahre werden in den meisten europäischen Ländern sogenannte Zeitverwendungserhebungen durchgeführt. Dabei werden Menschen gebeten, ihre Alltagsaktivitäten zeitlich zu protokollieren. In Deutschland wurden zuletzt 2022/23 solche Daten erhoben. Aus diesen aktuellen Daten (Statistisches Bundesamt 2024) sowie bereits aus früherer Erhebung ist bekannt, dass Männer und Frauen unterschiedlich viel Zeit mit Erwerbs- oder Sorgearbeitszeiten (z. B. Kinderbetreuung

oder Angehörigenpflege) verbringen. Frauen geben an, wöchentlich rund 30 Stunden für Haushaltsführung und Betreuung der Familie aufzubringen; bei Männern sind es neun Stunden weniger. Dieser Unterschied ist auch als sogenannter Gender-Care-Gap (Klunder 2017) bekannt. In Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung von Sorgearbeitszeiten sind auch Erwerbsarbeitszeiten unterschiedlich verteilt. Der Unterschied der Erwerbsarbeitszeiten kann auf eine Vielzahl miteinander verwobener Faktoren zurückgeführt werden: seien es (noch immer) traditionelle Geschlechterrollen, geschlechtsbezogene Lohnunterschiede (Gender-Pay-Gap) oder mangelnde Unterstützungsmöglichkeiten, um Erwerbsarbeit und Privatleben adäquat zu vereinbaren. Im Ergebnis ist die Teilzeitquote bei Frauen deutlich höher als bei Männern. 41 Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeit, während die Teilzeitquote bei Männern neun Prozent (BAuA 2022) beträgt. „Die Frage, wie Politik mehr Zeit für Care organisieren kann, ist daher kein Thema der Familien- und Frauenpolitik, sondern einer umfassenden Gesellschaftspolitik: der Zeitpolitik“ (Bücker 2022: 172).

ZEITPOLITIK IST MEHR ALS ERWERBS- ARBEITSZEITPOLITIK

„[W]enn bewusst – öffentlich und partizipativ – Einfluss genommen wird auf die zeitlichen Bedingungen und/oder Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere lebensweltlichen Bedingungen der menschlichen Existenz“ (Mückenberger 2004: 25), dann definiert das Zeitpolitische Glossar¹ dies wiederum als Zeitpolitik. Institutionelle Rahmenbedingungen wie Regelungen zu Arbeitszeiten, soziale Sicherungssysteme, Steuerpolitiken oder gesellschaftliche Normen beeinflussen, wie stark die (geschlechtsbezogenen) zeitlichen Unterschiede auf individueller Ebene sind (Anxo et al. 2011). In aktuellen zeitpolitischen Debatten geht es allerdings häufig nur um Erwerbsarbeitszeiten. Andere zeitliche Bedarfe wie Sorgearbeitszeiten, Freizeiten oder Zeiten für demokratische Teilhabe werden, wenn überhaupt, dann nachrangig disku-

tiert. Die sogenannte Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug (2011) bringt diese unterschiedlichen zeitlichen Bedarfe menschlicher Existenz zusammen: 1) Erwerbsarbeit, 2) Sorgearbeit, 3) Zeit für Politik und 4) Zeit für Kultur (Haug 2011: 242). Das Modell bekommt seinen Namen daher, dass davon ausgegangen wird, dass Menschen im wachen Zustand in etwa 16 Stunden täglich zur Verfügung haben und deshalb idealerweise täglich jeweils vier Stunden für die oben genannten Aspekte zur Verfügung stehen – Vier-in-einem Perspektive. Um alle zeitlichen Bedarfe abzudecken, so das Argument, ist es nicht sinnvoll, diese Stunden allein mit Erwerbsarbeit zu verbringen. Der Mensch braucht auch Zeit, um Sorgearbeit für Familie und Freund_innen und sich selbst zu übernehmen, sich in einer Demokratie zivilgesellschaftlich einzubringen und Zeit für Pausen und Muße. Diese zeitlichen Bedarfe sind dynamisch miteinander verwoben und deshalb gemeinsam zu analysieren.

Deutlich wird dies am aktuellen Beispiel der Diskussion um die Vor- und Nachteile der Einführung einer Vier-Tage-Woche. Manche erhoffen sich davon gesteigerte Produktivität der Mitarbeitenden, attraktivere Arbeitsbedingungen oder gar sinkende Emissionslast durch weniger Pendelverkehr (King/van den Bergh 2017). Aus feministischer Perspektive lässt dieser Vorschlag allerdings vermissen, dass unbezahlte Sorgearbeit an sieben Tagen die Woche und nicht nur von Freitag bis Sonntag anfällt (Dengler/Strunk 2018). Bereits im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2017) wurde ähnlich zu diesen Überlegungen das sogenannte Erwerbs-und-Sorge-Modell konzipiert. Das Modell basiert darauf, dass viele Menschen Sorgearbeit übernehmen und gleichzeitig erwerbstätig sein möchten oder müssen. Das Erwerbs-und-Sorge-Modell soll politische Rahmenbedingungen schaffen, die die (individuelle) paritätische Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit befördern sollen. Für ein Elternpaar könnte das beispielsweise bedeuten, dass beide Sorgeverantwortung übernehmen können und etwa 30 bis 35 Stunden erwerbstätig sind. Für Menschen mit Sorgeverantwortung wären Ideen zur Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeitszeiten oder kürzere Erwerbsarbeitstage (z. B. sechs statt acht Stunden) entlastender als eine Vier-Tage-Woche. Zeitpolitik kann also einen Unterschied machen.

ZEITPOLITIK IST MEHR ALS ERWERBSARBEITS-ZEITREDUKTION

Zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit kann Zeitpolitik auch ein wichtiger Hebel sein. In den meisten Gesellschaftssystemen sind Menschen darauf angewiesen, ihre Zeit als Arbeitskraft auf einem Arbeitsmarkt gegen ein Entgelt anzubieten. Im Verhältnis von Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen ist Zeit also eine Art Währung. Vor allem für abhängig Beschäftigte gilt es häufig, zwischen der Zeit (für) ihre Arbeitgeber_innen und ihrer eigenen Zeit zu unterscheiden (Thompson 1967). Zeit, die nicht Erwerbsarbeitszeit ist, z. B. Freizeit, Elternzeit oder Pensionierung, muss man sich in dieser Logik erst verdienen, bevor man Anspruch auf Nichterwerbsarbeitszeiten hat. Mit Blick auf Entgeltungleichheiten (z. B. Gender-Pay-Gap) oder Niedriglohnssektoren wird deutlich, dass nicht alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre individuellen zeitlichen Bedarfe geltend zu machen.

Aus intersektionaler Perspektive muss also kritisch hinterfragt werden: Wer arbeitet in (prekär bezahlten) Doppelschichten oder muss mittels Minijobs aufstocken, damit das Einkommen auch in der Rente ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten? Und wer hat Zeit, sich unentgeltlich in der Kommunalpolitik zu engagieren? Freie Zeit und Freizeit sind eine wichtige politische Ressource: Für jede politische Aktivität brauchen Menschen Zeit, und diejenigen ohne freie Zeit können weder an Versammlungen teilnehmen noch sich auf kommunaler oder nachbarschaftlicher Ebene ehrenamtlich einbringen. Eine ungleiche Verteilung von freier Zeit ist demnach doppelt unfair (vgl. Bryson 2016). Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen sind zwar entscheidende Faktoren dafür, ob sich Menschen freiwillig engagieren und wo sie teilhaben können (Simonson et al. 2021) – ihr Engagement impliziert aber immer auch zeitliche Anforderungen. Zudem können sich soziale Unterschiede auf einer weiteren Ebene zeitlich widerspiegeln. Wessen Tagesablauf und wessen Rhythmus gibt maßgeblich den Takt (anderer Alltags) an? Wenn Büroarbeitszeiten die Regel sind, dann sind die Schichtzeiten der Reinigungskräfte und Sicherheitsdienste die Abweichungen davon – sie finden vor- und nachher statt. Was für die einen gut bezahlte, flexible (Über-)Stunden im Büro sind, kann für andere schlecht bezahlte, atypische (z. B. nachts oder frühmorgens) und wenig flexible Erwerbsarbeitszeiten bedeuten (Bryson 2016). Gleichzeitig ist es Menschen mit geringem Einkommen meist nicht möglich, Sorgearbeit auszulagern oder sich zeitliche Entlastungen mittels Dienstleistungen (z. B. Taxifahren statt Warten auf den Bus) zu kaufen. Die Hierarchisierung von Zeiten hat eine weitere Facette: Die abstrakte Uhrzeit (Sekunden, Minuten, Stunden) dominiert spätestens seit dem globalen Siegeszug des Kapitalismus das Zeitverständnis und hat die Bedeutung anderer Zeitlichkeiten wie Rhythmen oder Zyklen verdrängt.

ZEITPOLITIK IST MEHR ALS UHRENZEITPOLITIK

So ist die Uhr das dominante Messinstrument für Zeit und ist im Alltag hilfreich für die Koordination und Organisation. Doch Zeit ist nicht gleich abstrakte Uhrzeit. Vor allem im sozialen Zusammenleben, etwa wenn wir an die Pflege von Angehörigen, langjährige Freundschaften oder den Alltag mit Kindern, aber auch den heimischen Gemüsegarten oder das Balkonbeet denken, wird deutlich, dass wir auch mit anderen Zeitlichkeiten vertraut sind. Sogenannte soziale und ökologische Reproduktionsprozesse ticken manchmal anders als im Uhrentakt – hier geht es vielmehr um individuelle Rhythmen (z. B. Tag-Nacht-Rhythmus) oder wiederkehrende Zyklen (z. B. Lebenszyklus von der Geburt bis zum Tod) (Lefebvre/Levich 1987; Adam 1998) sowie Eigenzeiten (Nowotny 1989). Häufig sind das auch Zeiten, die sich nicht mit zur Hilfenahme technischer Lösungen (zeit-)effizienter gestalten lassen. Denn auch wenn die Digitalisierung des Alltags Zeitersparnis verspricht, so ist es im Zuge der sozial-ökologischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft wichtig, hier genauer hinzusehen. Zwei Beispiele dazu:

In der qualitativen Studie „Hectic Slowness: Digital Temporalities of Precarious Care from a Global South Perspective“

(zu Deutsch: „Hektische Langsamkeit: Digitale Zeitlichkeiten prekärer Sorgearbeit aus Perspektive des globalen Südens“) konnte gezeigt werden, dass die erwerbsmäßige Beteiligung von Frauen mit kleinen Kindern (im globalen Süden) in der schnelllebigen Plattformökonomie häufig nur dann gelingt, wenn Großmütter die Kinderbetreuung mit ihren ganz eigenen zeitlichen Bedarfen übernehmen (Nguyen-Thu 2022). Nun lassen sich diese Erkenntnisse aus Vietnam mit Sicherheit nicht direkt auf den deutschen Kontext übertragen; jedoch zeigen sich auch in Deutschland geschlechtsbezogene Unterschiede etwa mit Blick auf die Potenziale des Homeoffice. „Der Gender Care Gap ist insbesondere unter den Beschäftigten mit Homeoffice und völlig selbstbestimmten Arbeitszeiten hoch. Diese Arbeitsarrangements nutzen Mütter eher als Väter für Kinderbetreuung an Werktagen. Gleitzeit und völlig selbstbestimmte Arbeitszeiten sind für Väter hingegen mit weniger Zeit für Kinderbetreuung verbunden“ (Lott 2019: 5). Zudem sind Homeoffice-Möglichkeiten häufig Beschäftigten mit höheren Verdiensten vorbehalten, stehen eher in städtischen als ländlichen Landkreisen und eher in West- als in Ostdeutschland zur Verfügung (Alipour et al. 2020). Die Klimabilanz des Erwerbsarbeitens von zu Hause ist ebenfalls ambivalent und führt nicht automatisch zu Emissionseinsparungen (Öko-Institut 2022). Eindeutiger sind die ökologischen Konsequenzen von (zeiteffizienten) digitalen Technologien bei der Nutzung künstlicher Intelligenz (KI), die spätestens seit Anfang 2023 mit ChatGPT in vielen Büros, Hörsälen und Wohnzimmern angekommen ist. Die riesigen Serverfarmen, die die Rechenleistung der Anwendung ermöglichen, versiegeln nicht nur Böden und verbrauchen enorme Mengen an Energie, sondern müssen auch gekühlt werden. Schätzungen ergeben, dass KI-Systeme im Jahr 2027 zwischen 4 bis 6 Milliarden Liter Wasser entnehmen werden – das entspricht in etwa der Hälfte des jährlichen Wasserverbrauchs von Großbritannien (Li et al. 2023). Die Schnelligkeit mancher hat also soziale und ökologische Auswirkungen für andere. Aus politisch-ökonomischer Perspektive sind derlei Gleichzeitigen von technologiegestützter Zeiteffizienz, sozialen Ungleichheiten und ökologischen Ausbeutungsmechanismen integriert zu betrachten, um zukunftsfähige Zeitpolitiken zu implementieren.

Soziale und ökologische Reproduktionsprozesse sind die Grundlage jedes Wirtschaftssystems. „Die Natur (die ökologische Natur wie die menschliche auch) ist rhythmisch organisiert. Das Gleichmaß der Uhren-Zeit aber abstrahiert von der Diversität, von den Rhythmen und von der Reproduktivität der den ökologischen Prozessen eigenen Zeitlichkeit“ (Hofmeister 1999: 91). Um diesen eigenen Zeitlichkeiten von sozialer wie ökologischer Reproduktion gerecht zu werden, bringen „Sorgende Zeiten“ (Völkle 2022) soziale und ökologische Zeitbedarfe zusammen und schaffen Rahmenbedingungen, die „die dynamischen Verknüpfungen von Zeit berücksichtigen“ (Völkle 2020: 23). Konkret geht es darum, anzuerkennen, dass die unterschiedlichen individuellen wie kollektiven Zeitbedarfe für etwa Sorgearbeit im engeren Sinne, Erwerbstätigkeit oder Engagement in einer sozialen Gemeinschaft miteinander verwoben sind – Zeiten, die vom Uhrentakt abweichen (können) und daher die Anerkennung unterschiedlicher Zeitlichkeiten wie Rhythmen, Zyklen oder Eigenzeiten erforderlich

machen. Zeitpolitische Rahmenbedingungen könnten beispielsweise verkürzte Erwerbsarbeitszeiten, den Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung sowie ambulanter Pflegeeinrichtungen, Investitionen in Infrastrukturen wie öffentlichen Nahverkehr oder Grünflächen, steuerliche Reformen oder gar die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (Winker 2021: 149) bedeuten. Als „zentrale Komponente des Miteinanders“ (Völkle 2022: 181) und damit als Querschnittsthema verknüpft Zeit einige relevante Aspekte der sozial-ökologischen Transformation: „Güterwohlstand und Umweltverbrauch, Externalisierung von sozialen und ökologischen Folgekosten des Wohlstands, Gleichberechtigung und Teilhabe (auch: der Geschlechter), soziale Kohäsion und vorsorgendes Wirtschaften“ (Reisch/Bietz 2014: 17). Zukunftsfähige Zeitpolitik sollte sich also nicht nur auf Erwerbsarbeitszeiten fixieren, sondern sozial-ökologisch gestaltet sein, um passende Rahmenbedingungen innerhalb planetarer Grenzen für viele statt nur einige zu schaffen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Zeit(-politik) umfasst mehr als Regelungen zu Erwerbsarbeitszeiten. Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen geben konkrete Beispiele dafür, wie Rahmenbedingungen der sozial-ökologischen Zeitpolitik aussehen könnten.

Zunächst einmal erkennt eine zukunftsfähige Zeitpolitik an, dass zeitliche Bedarfe komplexer sein können als die lineare Uhrenzeit. Mehr noch: Sie setzt dort an, wo Logiken der effizienten, technologiegestützten Beschleunigung nicht hinreichend sein können, um zeitliche Bedarfe und Strukturen zu harmonisieren. Zwar ist es mit Sicherheit sinnvoll, sich angesichts des demografischen Wandels, der Digitalisierung sowie des Fachkräftemangels mit Erwerbsarbeitszeitreduktionen zu beschäftigen, dennoch ist es angesichts verschiedener gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse ebenso relevant, sich über eine Arbeitszeitumverteilung Gedanken zu machen. „Ein Modell, nach dem alle immer mehr und länger arbeiten, ist nicht zielführend“ (Allmendinger 2016: 26). Konkret könnte eine solche kollektive Umverteilung von Arbeitszeit so aussehen, dass Menschen gleichermaßen Zeit für Erwerbs- und Sorgearbeit (BMFSFJ 2017) sowie andere zeitliche Bedarfe (Haug 2011) aufbringen können; auf individueller Ebene könnte das für manche eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung, für andere wiederum eine zeitliche Entlastung täglich zu leistender Sorgearbeit bedeuten.

Zeitpolitik, die einzig auf (quantitative) Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeitszeiten fokussiert ist (siehe Zeitverwendungserhebungen), ist daher nicht ausreichend, um ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen zu gestalten. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft sollten Menschen auch die zeitlich bedingte Möglichkeit haben, Transformationsprozesse und allgemein Politik mitzugestalten, um so demokratische Strukturen zu erhalten und zu erneuern. Ein praktisches Beispiel dafür ist das sogenannte Optionszeitenmodell (Jurczyk/Mückenberger 2020), das vorsieht, dass Menschen insgesamt bis zu neun Jahre Anrecht darauf haben, (bezahlte) zweckgebundene Auszeiten von der Erwerbsarbeit zu nehmen: für Kinderbetreuung, Angehörigenpflege, Weiter-

bildung, Engagement und Selbstfürsorge. Durch diese neue zeitpolitische Rahmung, die von dem klassischen Dreiklang der Erwerbsbiografie (Ausbildung, Beruf, Rente) absieht, könnten der Gender-Care-Gap verringert, attraktivere Arbeitsbedingungen für aktuelle und kommende Arbeitnehmer_innen-Generationen geschaffen und veränderten Geschlechterrollenbildern Rechnung getragen werden. Zu erproben, ob und wie das Modell erfolgreich sein könnte, scheint lohnend, um eine ressortübergreifende Zeitpolitik schrittweise in die Umsetzung zu bringen.

Zeitpolitik nicht nur in der Arbeits- oder Familienpolitik anzusiedeln kann ebenso ein wichtiger Hebel für mehr Zeitgerechtigkeit sein. Ähnlich wie bei vergleichbaren Themen, etwa der Geschlechtergleichstellung oder der Digitalisierung, kann es ratsam sein, gezielt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zum Thema Zeitpolitik zu initiieren, um zum Beispiel die zeitpolitische Strategie der Bundesregierung auszuformulieren. Ein außerparlamentarisches Gremium zu installieren, das sich sowohl aus politischen, wirtschaftlichen als auch zivilgesellschaftlichen Akteur_innen zusammensetzt, um über Zeitpolitik zu beraten, könnte ebenfalls ein konkretes Umsetzungsbeispiel für die politische Praxis bedeuten. Neben Anknüpfungspunkten zur Arbeits- oder Familienpolitik hat Zeitpolitik etwa auch Auswirkungen auf die individuelle und kollektive Gesundheit. Genügend Zeit zu haben, den eigenen Alltag planen und verschiedene Aufgaben synchronisieren zu können (Jorck et al. 2019), kann sich positiv auswirken und Stressempfinden oder Burn-out vorbeugen. Daneben kann Zeitpolitik auch klimafreundliche Auswirkungen haben. Reduzieren wir beispielsweise die Arbeitszeit pro Tag, dann ist nachweisbar, dass die sogenannten Zeit-Rebound-Effekte (also z. B. ressourcenintensiver Konsum und Mobilität an freien Tagen) eher nicht zu erwarten sind, sondern die Zeit viel eher mit ressourcenschonenden und zugleich gesundheitsfördernden Tätigkeiten wie z. B. Schlafen, Ausruhen oder Entspannen verbracht wird (Gerold/Geiger 2020). Gerade in einer alternden Gesellschaft ist Zeitpolitik auch von gesundheitspolitischer Relevanz, um beispielsweise altersgerechtes Arbeiten (z. B. Recht auf Altersteilzeit), einen barrierefreien Alltag (z. B. Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum) oder eine Gesundheitsversorgung im kommunalen Nahbereich (z. B. medizinische Ambulanz) zu ermöglichen.

Ein konkretes Beispiel für zeitpolitische Infrastrukturmaßnahmen, die sich nicht nur positiv auf ältere Menschen, sondern auf die gesamte Nachbarschaft auswirken, sind die Superblocks in Barcelona, die von der Bürgermeisterin Ada Colau initiiert wurden. Bis zu neun Häuserblocks werden dabei zusammengefasst und verkehrsberuhigt: Fahrräder und Fußgänger_innen haben Vorrang, und Parkplätze werden zu Grünflächen oder zum erweiterten Wohnzimmer der Nachbarschaft. Hier kann gemeinsame Zeit verbracht werden. Gleichzeitig entstehen mit den urbanen Grünflächen Hitzesenken und durch die Verkehrsberuhigung werden infrastrukturell Anreize für nachhaltige Mobilität gesetzt. In Italien werden zeitliche und räumliche Infrastrukturen seit den 1990er Jahren im Konzept „Zeiten der Stadt“ (Tempi della Città) zusammengedacht. Kommunale Zeitbüros sind dafür zuständig, zeitliche Bedarfe der Anwohner_innen und öffentliche zeitliche Strukturen zu harmonisieren (Eckart 2001): Passen die

Öffnungszeiten von Behörden denen, die sie aufsuchen? Wie gehen Kund_innenwünsche und Regelungen für Ladenöffnungszeiten zusammen? Passt die Bustaktung zu den Schulzeiten der Kinder, die den Nahverkehr nutzen? Entscheidend bei beiden Beispielen ist, dass Anwohner_innen explizit mit in die Planungsprozesse einbezogen werden, verschiedene Zeitlichkeiten anerkannt und die abgeleiteten Maßnahmen sich immer auf eine konkrete Nachbarschaft oder ein Quartier beziehen. Gelungene Zeitpolitik sozial-ökologischer Transformationsprozesse macht räumliche Unterschiede und schafft dezentrale Infrastrukturen, die zu den zeitlichen Bedarfen der Menschen und ihrer Mit- und Umwelt passen.

FAZIT

Zeitpolitik ist ein ressortübergreifendes Politikfeld – gerade in umfassenden Transformationsprozessen kann Zeit ein entscheidender Hebel für Veränderung sein. Es konnte gezeigt werden, dass Zeit als Querschnittsthema verschiedene Politikbereiche wie Gleichstellungs-, Sozial- und Arbeitspolitik miteinander verbindet. Mithilfe von Beispielen oder alternativen zeitpolitischen Konzepten wie dem Optionszeitenmodell haben sich außerdem relevante Querverweise in die Themenbereiche Gesundheits- sowie Klimapolitik aufzeigen lassen. Die vorgeschlagenen individuellen Ziehungsrechte für Optionszeiten, die für andere zeitliche Bedarfe als Erwerbsarbeit, also für Kinderbetreuung, Angehörigenpflege, Aus- und Weiterbildung oder demokratisches Engagement genutzt werden können, sind auch auf kollektiver Ebene von Bedeutung. Sie können dazu beitragen, die geschlechtsbezogene Lücke der unbezahlten Sorgearbeit zu schließen, können private Pflege attraktiver machen oder zivilgesellschaftliches Engagement befördern, dass eine wesentliche Grundlage für funktionierende Demokratien ist. In vielen der genannten Bereiche sind Zeit, zeitliche Bedarfe und Strukturen schon jetzt (implizit) integrale Bestandteile. Eine politisch-ökonomische Perspektive ist hilfreich, um diese strukturelle Relevanz zu erkennen.

An Beispielen wie der (zeitlich bedingten) Teilhabegerechtigkeit oder der immer noch (zeitlich) ungleich verteilten Sorgearbeit kann die Bedeutung von Zeit auf individueller, aber auch auf kollektiver Ebene gezeigt werden. Wenn Zeitpolitik nur auf Erwerbs- und Sorgearbeitszeiten und damit auf Arbeits- und Familienpolitik oder Debatten der Erwerbsarbeitszeitverkürzung oder Zeitverwendungserhebungen verweist, greift sie zu kurz. Zeitpolitik hat transformationsrelevantes Potenzial, wenn sie soziale und ökologische sowie individuelle und kollektive Herausforderungen zusammendenkt und entsprechende Rahmenbedingungen setzt.

ENDNOTEN

- 1 Das Glossar der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik erklärt Grundbegriffe der zeitpolitischen Debatte und verdeutlicht die verschiedenen Facetten der Zeitpolitik (vgl. Heitkötter/Schneider 2004).

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Barbara 1998: *Timescapes of Modernity: The Environment and Invisible Hazards*, London.

Alipour, Jean-Victor; Falck, Oliver; Schüller, Simone 2020: Home-office während der Pandemie und die Implikationen für eine Zeit nach der Krise, in: ifo Schnelldienst 73 (7), S. 30–36.

Allmendinger, Jutta 2016: Gute Arbeit: Ein analytischer Diskussionsrahmen, Diskussionspapier aus der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Boccia, Teresa 2016: Time Policies and City Time Plans for Women's Everyday Life: The Italian Experience, in: Sánchez de Madariaga, Inés; Roberts, Marion (Hrsg.): *Fari Shared Cities: The Impact of Gender Planning in Europe*, London, S. 65–74.

Bryson, Valerie 2016: Time, Power and Inequalities, in: Hom, Andrew; McIntosh, Christopher; McKay, Alasdair; Stockdale, Liam (Hrsg.): *Time, Temporality and Global Politics*, Bristol, S. 102–114.

Bücker, Teresa 2022: *Alle_Zeit: Eine Frage von Macht und Freiheit*, Berlin.

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) 2022: Arbeitszeitreport Deutschland: Ergebnisse der BAuA-Arbeitszeitbefragung 2021, Dortmund.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2017: Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht, Berlin.

Dengler, Corinna; Strunk, Birte 2018: The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives on Reconciling an Antagonism, in: *Feminist Economics* 24 (3), S. 160–183.

Eckart, Christel 2001: „Frauen verändern die Zeiten der Stadt“: Maßstäbe für Chancengleichheit von Frauen und Männern, in: Mückenberger, Ulrich (Hrsg.): *Bessere Zeiten für die Stadt: Chancen kommunaler Zeitpolitik*, Opladen, S. 172–176.

Gerold, Stefanie; Geiger, Sonja 2020: *Arbeit, Zeitwohlstand und Nachhaltiger Konsum während der Corona-Pandemie*, Berlin.

Haug, Frigga 2011: Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik, in: *Das Argument* 291 (2011), S. 241–250.

Heitkötter, Martina; Schneider, Manuel 2004: *Zeitpolitisches Glossar: Grundbegriffe – Felder – Instrumente – Strategien*, München.

Hofmeister, Sabine 1999: Natur der Zeiten – Zeiten der Natur oder „Momos Entdeckung“: Zur Bedeutung der Verbindung von Reproduktion und Innovation für das Verhältnis einer nachhaltigen Entwicklung, in: Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (Hrsg.): *Zeitlandschaften: Perspektiven öko-sozialer Zeitpolitik*, Stuttgart/Leipzig, S. 83–104.

Jorck, Gerrit von; Gerold, Stefanie; Geiger, Sonja; Schrader, Ulf 2019: Arbeitspapier zur Definition von Zeitwohlstand im Forschungsprojekt ReZeitKon, Berlin.

Jurczyk, Karin; Mückenberger, Ulrich 2020: Selbstbestimmte Optionszeiten im Erwerbsverlauf, Forschungsprojekt im Rahmen des „Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS), München.

King, Lewis; Bergh, Jeroen van den 2017: Worktime Reduction as a Solution to Climate Change: Five Scenarios Compared for the UK, in: *Ecological Economics* 132, S. 124–134.

Klünder, Nina 2017: Differenzierte Ermittlung des Gender Care Gap auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/13, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Lefebvre, Henri; Christine Levich 1987: *The Everyday and Everydayness*, Yale French Studies 73, S. 7–11.

Li, Pengfei; Yang, Jianyi; Islam, Mohammad; Ren, Shaolei 2023: Making AI Less „Thirsty“: Uncovering and Addressing the Secret Water Footprint of AI Models, in: ArXiv Preprint, <https://arxiv.org/pdf/2304.03271.pdf> (22.11.2023).

Mückenberger, Ulrich 2004: Zeitpolitik, in: Heitkötter, Martina; Schneider, Manuel (Hrsg.): *Zeitpolitisches Glossar: Grundbegriffe – Felder – Instrumente – Strategien*, München, S. 25–26.

Nguyen-Thu, Giang 2022: Hectic Slowness: Digital Temporalities of Precarious Care from a Global South Perspective, in: *Feminist Media Studies* 22 (8), S. 1.936–1.950.

Nowotny, Helga 1989: *Eigenzeit: Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls*, Frankfurt am Main.

Öko-Institut (2022): *Arbeiten im Homeoffice – gut für die Umwelt und die Mitarbeiter:innen? Analyse der potenziellen ökologischen und sozialen Auswirkungen mobilen Arbeitens*, https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/compan-e_Homeoffice.pdf (13.12.2023).

Reisch, Lucia; Bietz, Sabine 2014: *Zeit für Nachhaltigkeit – Zeiten der Transformation: Elemente einer Zeitpolitik für die gesellschaftliche Transformation zu nachhaltigeren Lebensstilen*, Bericht des AP 4.2 Transformationsstrategien und Models of Change für nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel, Umweltbundesamt Text 68 (2014), Dessau.

Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens 2021: *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019)*.

Statistisches Bundesamt 2024: *Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/_inhalt.html (28.02.2024).

Völkle, Hanna 2020: Warum Zeitpolitik feministisch-ökologisch gestaltet werden muss, in: *Ökologisches Wirtschaften* 4 (2020), S. 22–23.

Völkle, Hanna 2022: *Sorgende Zeiten: Ansätze feministisch-ökologischer Zeitökonomie*, in: Knobloch, Ulrike; Theobald, Hildegard; Dengler, Corinna; Kleinert, Ann-Christin; Gnadt, Christopher; Lehner, Heidi (Hrsg.): *Caring Societies – Sorgende Gesellschaften*, Weinheim & Basel, S. 174–184.

Winker, Gabriele 2021: *Solidarische Care Ökonomie: Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima*, Bielefeld.

ZUR AUTORIN

Hanna Völkle ist Sozialwissenschaftlerin, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Harriet Taylor Mill-Institut der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und forscht zu Zeitpolitik.

IMPRESSUM

April 2024

© **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich:

Vanessa Kiesel und Sophie Lorraine Senf,
Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Bestellungen/Kontakt:
apb-publikation@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Titelmotiv: © picture alliance/Ikon Images – Christopher Corr

ISBN 978-3-98628-518-0